

Änderungsantrag

Hannover, den 25.02.2019

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion der FDP

Schöffenamts stärken - Kommunen unterstützen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1359

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 18/2923

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

Die Schöffinnen und Schöffen an den Strafgerichten und die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter an den niedersächsischen Gerichten leisten eine wichtige Arbeit für unser Gemeinwesen. Sie sind Teil der Rechtsprechung. Sie bringen ihre Lebens- und Berufserfahrung in die Entscheidungen der niedersächsischen Gerichte ein und tragen so zu einer lebensnahen Wahrheits- und Rechtsfindung bei. Die Arbeit der Schöffinnen und Schöffen stellt eine demokratische Kontrolle der Justiz sicher und sorgt für mehr Transparenz in der Gerichtsbarkeit.

Das Gerichtsverfassungsgesetz sieht bereits seit über 140 Jahren die Beteiligung von Schöffinnen und Schöffen in der Strafjustiz vor. Das Schöffenamts hat Verfassungsrang. Dazu heißt es in der Niedersächsischen Verfassung:

„Die rechtsprechende Gewalt wird im Namen des Volkes durch die nach den Gesetzen bestellten Gerichte ausgeübt. Die Gerichte sind mit Berufsrichterinnen oder Berufsrichtern sowie in den durch das Gesetz bestimmten Fällen mit ehrenamtlichen Richterinnen oder Richtern besetzt.“

Es ist eine wichtige Errungenschaft des modernen Rechtsstaats, dass die Bevölkerung über das Schöffenamts bzw. das Amt des ehrenamtlichen Richters an der Rechtsprechung mitwirkt.

Um die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter auf ihre Aufgabe vorzubereiten, bieten die Gerichte Einführungs- und Fortbildungsveranstaltungen an. Diese werden ergänzt durch das Bildungsangebot der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen - Landesverband Niedersachsen/Bremen e. V. Die Fortbildungsangebote beinhalten allgemeine Fragen zum Schöffenamts, aber auch zu rechtlichen und verfahrenstechnischen Problemstellungen, die für die Ausübung der Tätigkeit der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter von Bedeutung sein können.

Bei der Ausübung ihres Amtes sind ehrenamtliche Richterinnen und Richter auf eine gute Fortbildung und weitere Unterstützungsangebote angewiesen.

Die Koalitionsfraktionen haben im Haushalt 2019 über die sogenannte „Politische Liste“ 20 000 Euro für die Weiterentwicklung dieser Fortbildungsangebote des Schöffinnenverbandes zur Verfügung gestellt.

Nach den gesetzlichen Vorschriften darf niemand In der Übernahme oder Ausübung des Amtes als ehrenamtliche Richterinnen und ehrenamtlicher Richter beschränkt oder wegen der Übernahme des Amtes benachteiligt werden. Für die Zeit ihrer Amtstätigkeit sind ehrenamtliche Richterinnen und Richter von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern von der Arbeitsleistung freizustellen. Dies gilt für die Sitzungen des Gerichts und für die Einführungs- und Fortbildungsveranstaltungen.

Laut der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen - Landesverband Niedersachsen/Bremen e. V. - mehrten sich Beschwerden von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern darüber, dass sie keine hinreichende Unterstützung seitens ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erhalten, und über Konflikte hinsichtlich des gesetzlichen Freistellungsanspruchs.

Der Landtag würdigt ausdrücklich das ehrenamtliche Engagement der Schöffinnen und Schöffen sowie der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen - Landesverband Niedersachsen/Bremen e. V., die die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützt.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. auch zukünftig für eine Unterstützung der Fortbildungsangebote der Deutschen Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen - Landesverband Niedersachsen/Bremen e. V. zu sorgen,
2. zu prüfen, wie die Unterstützung der Schöffinnen und Schöffen an den niedersächsischen Gerichten weiter verbessert werden kann, etwa durch Schaffung eines zentralen Ansprechpartners beim Justizministerium,
3. weiterhin öffentlich in geeigneter Form für das Schöffenamnt zu werben und dabei auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Einhaltung des gesetzlichen Freistellungsanspruchs und des Benachteiligungsverbot es der Schöffinnen und Schöffen zu sensibilisieren.

Der Landtag bittet die Landesregierung darüber hinaus,

4. zu prüfen, inwieweit eine Supervision oder Ähnliches für Schöffinnen und Schöffen eingerichtet werden kann, um diese insbesondere bei der Verarbeitung von Erlebnissen in Strafprozessen mit schwerwiegenden Straftaten gegen Personen zu unterstützen,
5. zu prüfen und sich gegebenenfalls auf Bundesebene dafür einzusetzen, ob und wie die Verdienstausfallregelungen insbesondere für Selbstständige, die als Schöffinnen und Schöffen tätig sind, dahin gehend verbessert werden können, dass der Nachweis von Verdienstausfall vereinfacht wird,
6. zu prüfen, wie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Schöffenamnt und der Betreuung von Kindern oder der Pflege pflegebedürftiger Angehöriger, etwa durch eine Einbeziehung in bestehende Notfallbetreuungsangebote, erreicht werden kann.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anja Piel
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der FDP

Dr. Stefan Birkner
Fraktionsvorsitzender